

FAX-Nr. 030/275 86-440
BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz
Referat Gentechnik
Frau Grötschel
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Fachbereich Natur und
Umwelt

Auskunft
Renate Krug
Fon 02303 27-1272
Fax 02303 27-1297
renate.krug
@kreis-unna.de

Mein Zeichen
69.3 Gentechnik
04.04.2007

Kurzmitteilung (6 Seiten einschl. Vorblatt)

Betreff

Beschlussdokument der Kreistagssitzung am 20.07.2004

Sehr geehrte Frau Grötschel,
beiliegende Unterlagen übersende ich

- | | |
|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> zu Ihrer Information | <input type="checkbox"/> mit der Bitte um Rückgabe |
| <input type="checkbox"/> mit Dank zurück | <input type="checkbox"/> bitte bestätigen sie die Richtigkeit |
| <input type="checkbox"/> bitte prüfen Sie | <input type="checkbox"/> bitte veranlassen Sie das Erforderliche |
| <input type="checkbox"/> bitte nehmen Sie Stellung | <input type="checkbox"/> Abgabennachricht habe ich gegeben |
| <input type="checkbox"/> bitte unterschreiben Sie | |

Ich erinnere an mein Schreiben vom _____

Bitte erledigen Sie die Angelegenheit bis zum _____

Ich habe Ihre Unterlagen weitergeleitet an _____

Ich benötige noch folgende Unterlagen von Ihnen. Bitte reichen Sie die Unterlagen bald nach. Erst dann ist eine Bearbeitung möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dokument1



Öffnungszeiten
Mo - Do 08.00 - 16.30 Uhr
Fr 08.00 - 12.30 Uhr
und nach Vereinbarung

Dienstgebäude
Kreishaus
Friedrich-Ebert-Straße 17
59425 Unna
Etage, Raum Raum

Bus und Bahn
Informationen zu ÖPNV-
Verbindungen erhalten Sie
kreisweit bei der Service-
zentrale fahrtwind:
Fon 01803 504030 (9 Cent/Min.)
www.fahrtwind-online.de

Zentrale Verbindungen
Fon 02303 27-0
Fax 02303 27-1399
post@kreis-unna.de
www.kreis-unna.de

Bankverbindung
Sparkasse Unna
BLZ 443 500 60 | Kto.-Nr. 75 00

Beginn: 14:30 Uhr

Anwesend:

Mitglieder:

Herr Gerd Achenbach, Vors.	Herr Alfred Stumpe
Herr Uwe Bastert	Herr Paul Wisniewski
Frau Emmi Beck	Herr Herbert Ziegenbein
Frau Ulrike Becke	Herr Heinz Steffen
Herr Günter Bremerich	Herr Herbert Goldmann
Herr Klaus-Dieter Bröckling	Herr Martin Grieshaber
Frau Brigitte Cziehso	Frau Brunhilde Weinhold
Herr Dieter Drescher	Frau Ursula Sopora
Frau Ursula Erdelkamp	Herr Walter Teumert
Herr Rupert Filthaus	Herr Jörg-Uwe Ebner
Herr Hartmut Ganzke	Herr Hubert Zumbusch
Herr Udo Gabriel	Herr Norbert Kläsgen
Frau Christa Glodny	Frau Martina Kretzschmar
Herr Richard Heinzel	Frau Sylke Dickmann
Herr Gerhard Hülsmann	Frau Rita Schröder
Herr Wilhelm Jasperneite	Herr Klaus Backhaus
Herr Matthias Kappelhoff	Herr Jens Hebebrand
Herr Martin Wiggermann	Frau Christa Vogt
Frau Astrid Kaufmann	Frau Monika Töpfer
Herr Wolfgang Kerak	Herr Theodor Rieke
Herr Leo Klempert (bis Top 9)	Frau Ursula Lindstedt
Herr Peter Dörner	Frau Christina Zubrytzki
Frau Ute Giedinghagen	Herr Hans-Jörg Piasecki
Herr Günter Krell	Herr Detlef Knop
Herr Gerd Oldenburg	Herr Prof. Dr.-Ing. Jürgen Vollradt
Herr Friedrich Ostendorff, MdB	Frau Annelies Schwarzer
Frau Hildegard Rüwald	Herr Christian Schulze
Frau Hanne-Luise Schacht	Herr Wolfgang Barrenbrügge
Frau Rotraud Niemann	Herr Ralf Eisenhardt
Herr Detlef Schwerdt	Frau Elsbeth Kiel
	Herr Heinz Piehl
	Frau Frauke Barg
	Herr Helmut Krause

zu Punkt 14. "Gentechnikfreier Kreis Unna"; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom
08.06.2004

087/04

Erörterung:

Herr Goldmann weist darauf hin, dass die europäische Richtlinie, welche im April 2004 mit einer Kennzeichnungsverpflichtung bei Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen beschlossen worden sei, am 18.06.2004 in deutsches Recht umgesetzt worden sei. Hauptanliegen des Gesetzes sei u.a., die konventionelle, gentechnikfreie und die ökologische Landwirtschaft vor Auskreuzungen von gentechnisch veränderten Organismen zu schützen. Die Verantwortung gegenüber den im Kreis Unna lebenden Menschen sehe die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN darin, sich der Aufgabe des Ausbaus des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Kreis zu stellen, sowie die Umsetzungsfähigkeit der gesetzlichen Möglichkeiten auf den Kreis Unna zu prüfen. In dem Antrag gehe es um eine Selbstverpflichtung des Kreises Unna, auf kreiseigenen Flächen auf den Einsatz gentechnisch veränderten Saatgutes zu verzichten und darum, dieses Ziel mit den Landwirten vor Ort im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung ebenfalls anzusteuern. Die landwirtschaftliche Vereinigung rate ebenfalls von dem Anbau gentechnisch veränderten Saatgutes ab. Man sollte darüber nachdenken, dass durch den entstehenden Einsatz ökologische und biologische Zusammenhänge gegebenenfalls für immer zerrissen werden könnten und dass es nicht sein könne, nur des Profits wegen Pflanzen zu züchten, deren Samen nicht mehr keimen dürften.

Herr Heinzel erklärt, dass sich die ablehnende Grundhaltung der CDU-Fraktion zu dem vorliegenden Antrag seit der letzten Kreistagssitzung nicht geändert habe. Der Kreis Unna habe keine Flächen, auf denen Saatgut ausgesät werde, sondern nur Landschaftsschutzgebiete auf denen Bäume stünden. Fraglich sei für ihn auch, ob der Kreistag den Landwirten etwas untersagen dürfe, was sie sowieso nicht täten. Im übrigen stelle sich die Frage, wie man beweisen könne, dass kein Landwirt im Kreis Unna genverändertes Saatgut ausbringe. Entgegen der Meinung von Herrn Goldmann sei er davon überzeugt, dass sich Herr Döhring bei seinen Ausführungen allgemein auf genverändertes Saatgut bezogen habe und nicht speziell auf die Landwirte im Kreis Unna. Diese seien im übrigen verantwortungsbewusst und würden keine Gefahren eingehen. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag daher auf keinen Fall zustimmen.

Frau Niemann betont, dass das Thema Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut viele Aspekte beinhalte. Daher greife der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu kurz. Beispielhaft sei die Umkehr der Beweislast zu nennen, die besage, dass die Landwirte beweisen müssen, dass sie kein gentechnisch verändertes Saatgut benutzen. Die Gentechnik sei ein Thema für die Zukunft. Erst wenn sie genau erforscht sei, könne sie genutzt werden. Seit der Umkehr der Beweislast gebe es im übrigen keine Landwirte mehr, die gentechnisch verändertes Saatgut anbauen wollten. Frau Niemann führt an, dass sie sich eine intensivere Beschäftigung mit dem Zukunftsthema wünsche und ihre Fraktion dem Antrag daher nicht zustimmen werde.

Herr Teumert unterstützt die Aussage von Frau Niemann, dass eine intensivere Beschäftigung mit diesem weltverändernden Thema erforderlich sei. Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass die Gedanken der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in die richtige Richtung gingen. Daher werde sie den Antrag unterstützen. Seine Fraktion Sorge sich um den Umwelt- und Verbraucherschutz sowie die Risiken mit dem Einsatz der Gentechnik. Da Auskreuzungen nicht zu verhindern seien, sei ein dauerhafter Anbau nicht möglich. Mit dem Antrag gehe es darum, an die Landwirte zu appellieren, nicht um die Weiterentwicklung oder Forschung. Er räume der Gentechnik einen hohen Stellenwert im pharmazeutisch-medizinischen Bereich ein, erklärt aber, dass die Verbraucher durch die Anwendung in der Landwirtschaft unkontrollierten Risiken ausgesetzt würden.

Herr Knop äußert seine Bedenken für den Fall, dass der vorliegende Antrag beschlossen würde, da dieser eine Signalwirkung hätte und Angst auslösen würde. Als vergleichendes Beispiel lasse sich ein Castor-Transport nennen. Bei dem Antrag handle es sich um ein Forschungsverbot, welches sich Deutschland nicht leisten könne. Er lehne den Antrag ab.

Herr Ostendorff erklärt, dass mit dem Antrag nicht darüber abgestimmt werde, ob im Kreis Unna Forschung stattfinde. Seine Fraktion habe ihr Ohr auf der rot-grünen Seite an der Landwirtschaft, deren Sorgen und Nöte. Der Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen sei eine große Sorge der Landwirtschaft. Diese werde hier wahrgenommen.

Herr Steffen führt an, dass jeder Bürger in Bezug auf veränderte Nahrungsmittel Angst habe. Unterstützt werde dies durch die Tatsache, dass solche Veränderungen nicht rückgängig gemacht werden könnten. Das eigene Saatgut könne nicht mehr erzeugt werden, sondern müsste neu gekauft werden, da das Korn zwar als Nahrungsmittel benutzt werden könne, allerdings nicht mehr keimfähig sei. Im Kreis Unna seien die Flächen sehr kleinteilig. Nach seiner Meinung sei kein Landwirt bereit, die vom Gesetz vorgegebenen Schutzabstände zu tragen. Wenn das Land einmal verseucht sei, dann könne das gentechnisch veränderte Saatgut nicht mehr zurückgeholt werden. Er sehe ein, dass es nicht so einfach sei, dem Antrag zuzustimmen, da Ängste vorhanden seien.

Frau Niemann erklärt, dass der Antrag der Verantwortung und der Gefahr nicht gerecht werde, da niemand am Ausbringen von gentechnisch verändertem Saatgut gehindert werden könne. Das Gesetz sei von der Landesregierung gemacht und von der Bundesregierung zugelassen worden.

Herr Ostendorff entgegnet auf die Ausführungen von Frau Niemann, dass nicht die Bundesregierung, sondern die EU dies beschlossen habe. Diese sei ihrer Verantwortung nicht nachgekommen. Sie habe die Nationalstaaten aufgefordert, Regeln aufzustellen, unter denen die EU-Vorlage umgesetzt werden könne. Genau dies sei mit dem entsprechenden Gesetz, welches auf die Haftungsfrage eingehe, geschehen. Nach der Meinung von rot/grün sei aus dem Nachbarschaftsrecht heraus der Nachbar haftbar, der den Schaden zufüge. Die Vorstellung der CDU/CSU sei es hingegen gewesen, nicht den Nachbarn haftbar zu machen, sondern einen Fond einzurichten. Es sei allerdings niemand gefunden worden, der bereit wäre, dort Geld

eininzahlen. Somit hätte der Staat und damit die Steuerzahler zahlen müssen. Die Meinung der rot-grünen Koalition sei, dass derjenige dafür zahlen solle, der dies in den Verkehr gebracht habe.

Beschluss:

„Der Kreis Unna verpflichtet sich, hinsichtlich seiner eigenen Flächen auf den Einsatz gentechnisch veränderten Saatguts zu verzichten. Der Kreistag Unna wendet sich weiterhin mit dem Ziel der freiwilligen Einrichtung einer von Anbau gentechnisch veränderten Pflanzen freien Region an alle im Kreisgebiet wirtschaftenden Landwirte und an die Verpächter landwirtschaftlicher Flächen mit der Aufforderung, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen jetzt und in Zukunft zu verzichten.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich (33 Ja-Stimmen/ 29 Gegenstimmen)